

BioNTech-Bericht: Konzern kann Wirkung und Sicherheit seines mRNA-Vakzins bis heute nicht belegen

16 Apr. 2022 18:57 Uhr

Werden die mRNA-Impfstoffe gegen COVID-19 je auf Dauer zugelassen? BioNTech zweifelt selbst daran. Bis heute kann es die Wirksamkeit seines Präparats nicht beziffern und fürchtet Haftung wegen schwerer Schäden. Trotzdem wurde 2021 ein zweistelliger Milliarden Gewinn eingefahren. BioNTech hofft auf eine lange Pandemie-Dauer.



Quelle: RT © Peter Kneffel

12. April 2022, Bayern, München: Eine Apotheke in der Fußgängerzone bietet kostenlose Krontests, kostenpflichtige PCR-Tests, Impfscheine und "Impfen ToGo" mit Biontech-Impfstoff

von Susan Bonath

Die Impfstoffe gegen COVID-19 seien wirksam und sicher: Unbeirrt begründen Politik und Medien mit dem Narrativ ihre Werbung und Pflichtvorstöße für die "Pikse". Entzaubern Berichte über Impfgeschädigte oder reihenweise an COVID-19 erkrankte Geimpfte das Narrativ, wiegeln sie ab, setzen immer neue Prämissen. Aus "Herdenimmunität" wurde "Schutz des Gesundheitssystems", weil die Mittel schwere Verläufe verhinderten.

Dass im März fast die Hälfte aller schwerkranken COVID-19-Patienten laut DIVI-Intensivregister geboostert war, wischt man mit der Impfquote in der Gesamtbevölkerung vom Tisch.

[Kontaktschuldvorwürfe](#) mit der AfD fürchtet eine eigens für Impfgeschädigte eingerichtete, hoch frequentierte [Ambulanz in Marburg](#).

Dass die Erzählung, die großteils neuartigen Impfstoffe führten die Welt aus der Pandemie, von Beginn an auf dünnem Eis fußte, mag von Politik und Medien stoisch geleugnet werden. Die Hersteller-Konzerne des mRNA-Impfstoffs Comirnaty, Pfizer und BioNTech tun dies keineswegs.

In seinem [Jahresbericht](#) an die US-Börsenaufsicht, übermittelt am 30. März 2022, legt das Mainzer Unternehmen dazu interessante Details offen. Kernpunkt der Aussagen ist: BioNTech wisse nicht einmal, ob es für sein mRNA-Vakzin jemals eine dauerhafte Zulassung in der EU, den USA und verschiedenen Staaten erhalten könne. Der Grund: Vielleicht werde man nie in der Lage sein, ausreichende Wirksamkeit und Sicherheit mittels Studien nachzuweisen.

Fehlende Belege zu Wirkung und Sicherheit verhindern Dauerzulassung

In dem Bericht äußert sich BioNTech vorausschauend sehr skeptisch, obwohl das [Bundeskabinett](#) bereits im März Corona-Impfstoff-Verträge bis 2029 mit diesem und vier weiteren Unternehmen eintütete. Auch für weitere Pandemien, mit denen man offenbar in den nächsten Jahren felsenfest rechnet, [spannte die Bundesregierung BioNTech bereits ein](#). Doch BioNTech klagt: Das alles könnte auch nach hinten losgehen. So schreibt es in seinem Bericht wörtlich übersetzt beispielsweise:

"Wir könnten nicht in der Lage sein, eine ausreichende Wirksamkeit und Sicherheit unseres COVID-19-Impfstoffs und/oder variantenspezifischer Produktkandidaten nachzuweisen, um eine dauerhafte behördliche Zulassung in den USA, Großbritannien, der Europäischen Union oder anderen Ländern zu erhalten, in denen der Impfstoff für den Notfalleinsatz zugelassen wurde oder eine bedingte Marktzulassung erteilt bekam."

BioNTech sichert sich offenbar ab, indem das Unternehmen weiter eindringlich warnt:

"Während unserer klinischen Studien oder sogar nach Erhalt der behördlichen Zulassung können schwerwiegende unerwünschte Ereignisse auftreten, die die klinischen Studien verzögern oder beenden und die behördliche Zulassung oder Marktakzeptanz unserer Produktkandidaten verzögern oder verhindern könnten."

Zehn Milliarden Nettogewinn, Produktionsstätten in Afrika und Asien

BioNTech hat seinen Aufstieg mit abenteuerlich hohen Superprofiten einzig der mRNA-Technologie und Pfizer zu verdanken. Nach [eigenen Angaben](#) fuhr das zuvor eher erfolglose Unternehmen allein im vergangenen Impfstoffjahr einen Nettogewinn von 10,3 Milliarden Euro ein – bei einem Umsatz von 19 Milliarden. Auch für dieses Jahr rechnet es – noch – mit einem Umsatz zwischen 13 und 17 Milliarden Euro. Und dafür plant es nun,

"den Bau von hochmodernen mRNA-Produktionsstätten zunächst in Afrika und Asien, um eine nachhaltige lokale Versorgung zu gewährleisten und die Produktionskapazitäten (...) zu erhöhen".

Ungetrübt ist die Stimmung der BioNTech-Protagonisten dennoch nicht. Zu groß ist die Sorge, niemals die endgültige Zulassung zu erhalten. BioNTech führt in seinem Bericht dazu weiter aus:

"Unsere zukünftigen Einnahmen aus dem Verkauf unseres COVID-19-Impfstoffes hängen von zahlreichen Faktoren ab, unter anderem: (...) die Dauerhaftigkeit der durch unseren Impfstoff hervorgerufenen Immunreaktion, die in klinischen Studien noch nicht nachgewiesen wurde (...), das Sicherheitsprofil unseres Impfstoffes, einschließlich der Frage, ob bisher unbekannte Nebenwirkungen oder ein erhöhtes Auftreten oder ein erhöhter Schweregrad bekannter Nebenwirkungen im Vergleich zu den während der klinischen Studie beobachteten Nebenwirkungen bei unserem Impfstoff festgestellt werden."

Bettelei um Steuermittel und mehr Corona-Hysterie?

Ungeachtet der bis heute, fast 16 Monate nach der bedingten Zulassung in der EU, fehlenden Sicherheits- und Wirksamkeitsstudien kostet natürlich der Bau von Produktionsstätten auf der Südhalbkugel mit besonders menschenverachtenden Ausbeutungsbedingungen eine Menge Geld. Das könne man sich leider nicht aus dem Ärmel schneiden, klagt BioNTech an anderer Stelle sinngemäß. Seine Ausführungen lesen sich wie ein Bittgesuch an die Bundesregierung um mehr und mehr Fördermittel aus dem Steuertopf:

"Wir benötigen möglicherweise erhebliche zusätzliche Finanzmittel, um unsere Ziele zu erreichen, und ein Versäumnis, dieses Kapital zu akzeptablen Bedingungen oder überhaupt zu erhalten, könnte uns dazu zwingen, unsere Produktionsentwicklungsprogramme, Kommerzialisierungsbemühungen oder andere Operationen zu verzögern, einzuschränken oder zu beenden."

So wisse der Konzern schließlich auch nicht, was die Zukunft in Sachen Corona überhaupt bringe. Er rechnet mit möglichen Vertriebsbeschränkungen wegen fehlender Wirksamkeit, hohen Kosten oder schwieriger Lagerung bei sehr niedrigen Temperaturen. Probleme könne es aber auch dann geben, heißt es weiter, wenn die COVID-19-Zahlen zurückgehen. Klingt logisch: Abflauende Corona-Angst verhindert das Geschäft, weil sich dann weniger Menschen immer weiter boostern lassen.

Und schließlich sei es unklar, inwieweit der Impfstoff "über die aktuelle Pandemie hinaus weiterhin notwendig ist, wenn es sich um ein endemisches Virus handelt". In Frage stehe sogar, so heißt es weiter,

"die Dauerhaftigkeit der durch unseren COVID-19-Impfstoff erzeugten Immunantwort, die in klinischen Studien noch nicht nachgewiesen wurde".

BioNTech räumt also unumwunden ein, dass die staatlichen Behörden, in der EU die EMA, in Deutschland die Ständige Impfkommision (STIKO) am Robert Koch-Institut die Doppelimpfungen und nachfolgende Booster – inzwischen bereits zwei – empfohlen, ohne dass der Hersteller irgendeinen Nachweis für die Dauer einer Wirkung erbrachte – oder bis heute erbracht hätte.

BioNTech: Können "möglicherweise Betrug nicht verhindern"

Und offenbar haben BioNTech-Vorstandschef Uğur Şahin und sein Management sogar Angst vor dem Gefängnis. So jedenfalls liest sich eine weitere Passage in dem Bericht zum Thema Finanzmanagement. Darin heißt es:

"Wir haben in der Vergangenheit eine wesentliche Schwachstelle in unserem internen Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung festgestellt und können in Zukunft weitere wesentliche Schwachstellen feststellen, die dazu führen können, dass wir unseren Berichtspflichten nicht nachkommen oder wesentlich falsche Angaben unseren Abschlüssen machen. Wenn wir unsere wesentlichen Schwächen nicht beheben, sind wir möglicherweise nicht in der Lage, unsere Finanzergebnisse korrekt zu melden oder Betrug zu verhindern."

Die Furcht vor Konsequenzen reicht wohl aber über mögliche "Buchhaltungspatzer" hinaus. Die klinischen Studien für die Notfall- und bedingten Zulassungen seien zu klein gewesen, um mögliche schwerwiegende Nebenwirkungen in ihrer Gesamtheit zu erfassen, so das Unternehmen. Weiter schreibt es:

"Daher könnten Nebenwirkungen und andere Probleme bei der breiten Anwendung beobachtet werden, die nicht gesehen oder erwartet wurden oder die während der klinischen Studien nicht so häufig oder schwerwiegend waren."

Furcht vor "erheblichen Haftungsansprüchen" wegen fehlgedeuteter Spätschäden

BioNTech könne "nicht garantieren, dass neu entdeckte oder entwickelte Sicherheitsprobleme nicht auftreten. Und in sehr bemerkenswertem Widerspruch zum vielfach von diversen "Experten" behaupteten Argument an Impfkritiker, es könne keine Langzeitfolgen geben, weil Nebenwirkungen immer sofort aufträten, erklärt BioNTech in dem Bericht anschließend:

"Bei der Verwendung eines Impfstoffs durch eine breite Patientenpopulation können von Zeit zu Zeit schwerwiegende, unerwünschte Ereignisse auftreten, die nicht in den klinischen Studien des Produkts aufgetreten sind oder die zunächst nicht mit dem Impfstoff selbst im Zusammenhang zu stehen schienen und erst durch spätere Informationen erkannt werden."

Dies könne, so der Konzern, zur Einstellung der Produktion und Vermarktung führen, aber auch "erhebliche Haftungsansprüche" nach sich ziehen. Wörtlich schließt der Konzern an diese Feststellung an:

"Die nachträgliche Entdeckung zuvor unerkannter Probleme könnte den kommerziellen Verkauf des Produkts negativ beeinflussen, zu Einschränkungen des Produkts oder dazu führen, dass das Produkt vom Markt genommen wird."

Bedenken: Schadensmeldungen und Gerüchte könnten Aktien-Sinkflug auslösen

Die Meldung unerwünschter Sicherheitsvorfälle, aber auch öffentliche Spekulationen über solche Vorkommnisse könnten zu einem Einbruch der BioNTech-Aktien an der Börse führen, so eine weitere Befürchtung des Unternehmens.

Bei dieser Bemerkung horcht der aufmerksame, kritische Leser auf und denkt fast zwangsläufig an die sogenannten Faktenchecker, die in sozialen Netzwerken rauf und runter zensieren und sogar so manche begutachtete wissenschaftliche Studie zur "medizinischen Fehlinformation" erklären. Offenbar werden diese nicht zuletzt dafür bezahlt, jene "öffentlichen Spekulationen" zu unterbinden, die nach Meldungen "unerwünschter Sicherheitsvorfälle" zwangsläufig auftauchen, um die Profite der Impfstoffe produzierenden Biotechnologie-Konzerne nicht zu gefährden. So geht Kapitalismus.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.